



An die
Frau Präsidentin
des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

Zl. LE.4.2.4/0159-RD 3/2014

Wien, am 1. Dezember 2014

Gegenstand: Schriftl. parl. Anfr. d. Abg. z. NR Andrea Gessl-Ranftl, Kolleginnen und Kollegen vom 16.10.2014, Nr. 2740/J, betreffend neue Klimaschutz-Bestimmungen

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Andrea Gessl-Ranftl, Kolleginnen und Kollegen vom 16.10.2014, Nr. 2740/J, teile ich Folgendes mit:

Vorweg ist auf eine Studie der Johannes Kepler Universität Linz (Prof. Friedrich Schneider) zu verweisen, die im Auftrag des BMFW und anderer Institutionen die Auswirkungen eines -40%-Ziels auf Österreich untersucht hat. In den Ergebnissen zeigt sich, dass die Auswirkungen auf die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und auf die Beschäftigung äußerst gering sind.

Zu den Fragen 1 und 2:

Die Europäische Union ist sich ihrer historischen Verantwortung in der Frage des Klimawandels bewusst und nimmt daher seit einigen Jahren in der internationalen Klimadiskussion eine führende Rolle ein. Selbstverständlich setzen sich Minister wie auch Staats- und Regierungschefs der EU bei jeder sich bietenden Gelegenheit (wie zuletzt beim Ban-Ki-moon- Klimagipfel in New York) dafür ein, dass auch die großen Wirtschaftsräume USA und China ambitionierte Klimaziele übernehmen. Allein im letzten Jahr konnten diesbezüglich bereits Bewegungen wahrgenommen werden.



Die USA haben sich Ziele zur drastischen Reduzierung der CO₂-Emissionen aus der Kohleverstromung gesetzt, und auch China hat bereits weitreichende Maßnahmen angekündigt. Im Frühjahr 2015 werden die Staaten ihre Zielvorstellungen im Hinblick auf ein internationales Abkommen für die Zeit nach 2020 vorlegen. Die EU wird dabei die Latte mit einem Einsparungsziel von -40% bis 2030 hoch legen. In den Verhandlungen im Rahmen der UNFCCC-Vertragsstaatenkonferenz in Lima (1.-12.12.2014) werden die EU-VerhandlerInnen jedenfalls ihre Überzeugungsarbeit weiter intensivieren, sodass es 2015 bis zur Konferenz in Paris zu einem globalen Schulterschluss im Kampf gegen den Klimawandel kommen wird. Wesentliche Unterstützung erhält die Positionierung der EU dabei durch die wissenschaftlichen Erkenntnisse, die zuletzt im 5. Sachstandsbericht des Intergovernmental Panel on Climate Change eindrucksvoll zusammengefasst und der Weltöffentlichkeit bekannt gegeben wurden.

Zu Frage 3:

Die Treibhausgasemissionen Österreichs liegen mit einer Quote von knapp unter 10 Tonnen pro Kopf (2012) leicht über dem Durchschnitt der damaligen EU27. Während andere Mitgliedstaaten teilweise durch die Atomkraft-Nutzung niedrigere CO₂-Emissionen aufweisen, ist Österreich in der Situation, einen hohen Anteil des Strombedarfs mit Wasserkraft abdecken zu können. In Österreich tragen jedoch auch die energieintensive Industrie sowie der seit 1990 stark angewachsene Verkehr überdurchschnittlich stark zu den Treibhausgasemissionen bei.


Selbstverständlich hat Österreich in den Verhandlungen zum klima- und energiepolitischen Rahmen bis 2030 eindringlich darauf hingewiesen, dass in Österreich die Treibhausgasemissionen im Verhältnis zur Wirtschaftskraft relativ niedrig liegen, und somit weniger Spielraum zur Realisierung kosteneffizienter Reduktionsmaßnahmen gegeben ist. Dieser Umstand wurde in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 23./24. Oktober 2014 mit berücksichtigt.

Zu den Fragen 4 und 5:

Industriebetriebe, die bereits hohe Effizienzstandards aufweisen, haben im europäischen Emissionshandelssystem bereits jetzt den Vorteil, dass ein höherer Anteil der tatsächlich getätigten Emissionen durch kostenfrei zugeteilte Emissionszertifikate abgedeckt wird.

Dadurch ergibt sich ein Wettbewerbsvorteil, der wiederum für weitere Innovationen genutzt werden kann. Die kostenfreie Zuteilung nach „Benchmark“-System wird auch nach 2020 weiter geführt werden. Zudem hat der Europäische Rat in seinen Schlussfolgerungen zum klima- und energiepolitischen Rahmen bis 2030 auch beschlossen, dass ein neuer europäischer Finanzierungsmechanismus für Innovationen geschaffen werden soll („NER400“), welcher auch für die Industrie nutzbar sein wird.

Der Bundesminister

	Unterzeichner	serialNumber=579515843327,CN=BMLFUW,O=BMLFUW / Lebensministerium,C=AT
	Datum/Zeit-UTC	2014-12-03T07:25:59+01:00
	Aussteller-Zertifikat	CN=a-sign-corporate-light-02,OU=a-sign-corporate-light-02,O=A-Trust Ges. f. Sicherheitssysteme im elektr. Datenverkehr GmbH,C=AT
	Serien-Nr.	541402
Hinweis	Dieses Dokument wurde amtssigniert.	
Prüfinformation	Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur und des Ausdrucks finden Sie unter: http://www.bmlfuw.gv.at/amtssignatur	